

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag bei E. Wächter Buchdruckerei (Inhaber D. Ström), für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Halbjährlich in Neuenbürg 1.20. Durch die Post in Ost- und Westpreußen sowie im Ausland 1.50. Einmalige Anfertigung des Belegblattes 1.00. Einmalige Anfertigung des Belegblattes 1.00. Einmalige Anfertigung des Belegblattes 1.00.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile, aber deren Raum 60 f. bei Kalkulationen durch die Reichsregierung 45 f. extra. Restlos-Beile 1.00 bei größeren Aufträgen entfallen. Sonstige, bei der Reichsregierung einseitig nicht. Schluß der Anzeigen-Rechnung tageweise. Preisprospekt Nr. 4. Bei vielen Anzeigen werden besondere Bemerkungen gemacht.

Nr. 77

Neuenbürg, Mittwoch den 6. April 1921.

79. Jahrgang.

Die Schuld der Andern.

Nachdem auch Amerika Deutschland für den Krieg verantwortlich hält, sind rein geschichtliche Tatsachen, die sich zwischen den politischen Persönlichkeiten seit 1887 abspielten, von besonderem Interesse. Die Veröffentlichungen aus dem Werke des ehemaligen Kaisers Wilhelm zeigen deutlich, auf welcher Seite die Schuld am Kriege liegt und wie derselbe, als Deutschland sich den Bestrebungen Englands nicht fügte, von der Entente planmäßig vorbereitet wurde.

Der Kaiser beginnt seine Uebersicht mit der Randbemerkung: Die Grundlage zu dem politischen Zustand im Jahre 1884 wurde durch den Berliner Kongress (1878) gelegt, als dessen Folge sich die neue russische Lösung „Kewandje für San Stefano“ der französischen „Kewandje für Sabowa“ anzuschließen.

Von hier aus wird dann der ganze politische Verberprozess einander gereiht. Es ergibt sich daraus, wie Deutschland bald von russischer Seite, bald von englischer Seite angegangen wird, sich Bündnissen anzuschließen, aber stets zu Angriffswerten, und deshalb ohne Erfolg. Die deutsch-englische Spannung beginnt 1898 mit der Annahme des deutschen Flottengesetzes und der Ablehnung eines englischen Bündnisvertrages, nachdem auch schon vorher sich Deutschland um des Friedens willen abgeneigt gezeigt hat, sich den englischen Plänen anzupassen. Einige Angaben seien aus jenen Jahren hier wiedergegeben:

- 1887: Salisbury erklärt, daß, falls Deutschland im Falle eines Krieges Anspruch erhebt auf das Recht eines Durchgangs durch Belgien, England nicht geträntet werde, wenn nur das belgische Gebiet unangefastet bleibt.
- 1895: Kaiser Wilhelm in Cowes. Gespräch mit Salisbury, der S. W. die Aufstellung der Türkei vorschlägt. S. W. lehnt ab. Hagestedt (der deutsche Gesandte in London) bitte vor dem schon denselben Vorschlag überbringt Berlin müsse aber einen Plan über die Aufstellung der Türkei entwerfen. Ebenfalls abgelehnt. S. W. verläßt, Salisbury von der Lebensfähigkeit der Türkei zu überzeugen.
- 1897: Professor Usher veröffentlicht ein, wie er schreibt, im 1897 zustande gekommenes „Gentlemen-Agreement“, das von hochgestellten Persönlichkeiten aus Frankreich, England und Amerika gegen die behauptete alldeutsche Gefahr geschlossen war und das die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges zur Hilfe gegen Deutschland und Österreich-Ungarn verpflichtete. — Die „Saturday Review“ fordert den Krieg gegen Deutschland (Germaniam esse beluam).
- 1898: Annahme des Flottengesetzes und Vorschlag Englands an Deutschland, ein Bündnis einzugehen, das in der Hauptsache gegen Rußland gerichtet war. Deutschland weigert sich, um den Weltfrieden zu bewahren.
- 1902: Englands Bündnis mit Japan, vornehmlich gegen Deutschland und Rußland gerichtet.
- Der belgische Minister macht seinen Gesandten auf die mögliche Abneigung gegen Deutschlands Weltpolitik aufmerksam, das durch seine natürliche Entwicklung zu einer wirtschaftlichen Ausdehnung gezwungen sei, die es notwendigerweise in Gegensatz zu England bringen müsse.
- 1907: König Eduard VII in Kronberg, unter Begleitung Herzogs. Der verlangt von Kaiser Wilhelm die Einstellung des deutschen Flottenbaues unter einer verhältnißmäßigen Dämpfung mit Krieg.
- 1908: England verläßt, Frankreich zum Kriege zu treiben, was aber angesichts der deutschen Friedensliebe nicht gelangt.
- 1912: Der englische Kriegsminister Balfour stellt in Berlin Deutschlands Bemühungen, einen Neutralitätsvertrag mit England zu schließen, mißfällig wegen der unannehmbaren Forderungen Englands. Die Bemühungen Englands, die Entwicklung der deutschen Flotte durch Vereinbarungen zu hemmen und einen neuen Flottenentwurf zu verhindern, mißfallen. Trotzdem baut Deutschland nach einem Verminderungsplan, England nach einem vollen Flottenprogramm.
- König Georg sagt in Balmoral, Esafonow, daß er den letzten Vorschlag habe, die deutsche Handelsflotte und die deutsche Marine zu vernichten.
- Georg erklärt Esafonow, daß England alles daran setzen werde, der deutschen Machtstellung einen Bodenstreich zu verleihe. Er bekämpft, daß ein Votum mit Frankreich besteht, wonach England sich im Falle eines Krieges mit Deutschland verpflichtet hat, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Festen Lande durch Truppenlandungen zu unterstützen.
- Zwei erklärte Esafonow, daß England alles daran setzen werde, der deutschen Machtstellung einen Bodenstreich zu verleihe. Er bekämpft, daß ein Votum mit Frankreich besteht, wonach England sich im Falle eines Krieges mit Deutschland verpflichtet hat, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Festen Lande durch Truppenlandungen zu unterstützen.
- Zwei erklärte Esafonow, daß England alles daran setzen werde, der deutschen Machtstellung einen Bodenstreich zu verleihe. Er bekämpft, daß ein Votum mit Frankreich besteht, wonach England sich im Falle eines Krieges mit Deutschland verpflichtet hat, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Festen Lande durch Truppenlandungen zu unterstützen.

Sonderbündler fand aber bei der Bevölkerung wenig Anklang, jedoch es gelang, die Versammlung ohne Schwierigkeiten auszuführen. Der frühere Kölner Unabhängige Zweite, ein über beleumundeter rheinischer Sonderbündler, wurde bei dieser Gelegenheit von den Belgiern verhaftet.

Am 4. April. Auf der linken Rheinseite hat heute der größte Teil der Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen. Die Belegschaft der Zeche „Reinpreußen“ ist fast vollständig eingefahren. Auf der Zeche „Dieckhardt“ streikt noch ein Zünftel. Auf der Zeche „Friedrich Heinrich“ und bei der Niederrheinischen Bergwerksgesellschaft hat die Hälfte der Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen. Die Belegschaft der Zeche „Wilhelmine Neffisen“ ist vollständig erschienen. Auf der Zeche „Westfalen“ in Ahlen ist nach ein Drittel der Belegschaft erschienen. Auf der Zeche „Carolus Magnus“ sind die Belegschaftsmitglieder wieder eingefahren. Die belgischen Besatzungsstruppen halten sämtliche Schachtanlagen noch besetzt.

Magdeburg, 5. April. Die Weibeskulle beim Oberpräsidenten teilt unter dem gestrigen Datum mit: Im Regierungsbezirk Merseburg wurden bei verschiedenen Streifen mehrere Personen festgenommen und auch Gewehre beschlagnahmt. Verhaftet wurde mit einer Hundertschaft dazwischen befehl. Im Kreis Torgau wurden 200 Personen festgenommen. In Torgau ist ein Handgranatententant auf den zweiten Bürgermeister verhaftet worden, das mißlang. Es wurden erhebliche Munitionsfunde gemacht. Im übrigen kann gesagt werden, daß die Lage im allgemeinen ruhiger geworden ist und daß die Aufbruchbewegung als niedergebunden betrachtet werden kann.

Berlin, 4. April. Auf dem 8. deutschen Seeschiffahrtstag gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, in der sich die durch die Tagung verforderte Schiffahrtswelt nachdrücklich zur schwarz-weiß-roten Flagge bekennt. Für diese Zielvorgabe seien allein praktische Gründe maßgebend; nautische und kaufmännische Erwägungen, sowie die überlegte Rücksicht auf die Angehörigen der Auslandsdeutschen an die alten Farben. Die Erklärung empfiehlt, auf dem Wege einer allgemeinen Abstimmung die Auffassung des gesamten deutschen Volkes zur Flaggenfrage unzweifelhaft feststellen zu lassen.

Berlin, 5. April. Der Reichspräsident hat Vertreter aller an der Vorbereitung der oberständlichen Volksabstimmung auf deutscher Seite beteiligten Organisationen empfangen und ihnen Dank für ihre Tätigkeit ausgesprochen. — Von der Staatsanwaltschaft ist gegen das Urteil des außerordentlichen Schwurgerichts im Hiler-Kroch Neffisen angeklagt worden. Auch der Verteidiger des Oberleitnants Hiler hat gegen das Urteil Revision eingelegt. Die Revision der Verteidigung stützt sich lediglich darauf, daß die Berufung des ersten Urteils des Kriegsgerichts nicht ordnungsgemäß eingelegt ist. — Die kommunistische Partei erläßt in der „Noten-Zeitung“ an die deutschen Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter einen Aufruf zur aktiven Unterstützung der streikenden englischen Bergleute. Die Transportarbeiter und die Eisenbahner werden aufgefordert, Kohlentransporte nach dem genannten Auslande zu verhindern. — Die kommunistische Bande, von der Bettin beimgesetzt wurde, hat im Bettiner Volkstheater einen sich die entgegenstehenden Landjäger erschossen und 5000 Mark geraubt. — Aus Dresden wird gemeldet, daß der Sebnitzer Blumenindustrie infolge der kommunistischen Unruhen Auftragsarbeiten aus Amerika entgegen sind. — Rastor Müller aus Oerlitz, der von kommunistischen Banden aus der Kirche geholt, mißhandelt und als Geisel fortgeführt worden ist, ist im Merseburger Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. — Der kommunistische Landtagsabgeordnete Wähling aus Hülten, der am ersten Osterfesttag in der Trunkenheit in Neuenbürg und Gölten mehrere Gefährlichkeiten verübte, hat sein Mandat zum anhaltischen Landtag niedergelegt. — Die Regierung, daß auf die Ergriffung von 5000 feindlichen deutschen Regierung eine Befehlshaber von 100 000 Mark ausgerichtet sei, trifft in dieser Form nicht zu. Die Summe ist vielmehr angeordnet auf die Ergriffung aller Vandalenführer, die bei dem kommunistischen Aufstand hauptsächlich mitgewirkt haben.

Breslau, 5. April. Der Provinziallandtag der Provinz Niederschlesien wählte gestern Nachmittag zu seinem Vorsitzenden den Landrat Seibold (S.) mit 53 gegen 52 Stimmen. Die auf den Landrat a. D. von Gollat (ZP.) fielen. Zwei Stimmen waren unglücklich. Auf Antrag des Reichsrats v. Rühlhagen (ZP.) wurde wegen Verlegung der Geschäftsordnung die Wahl angefochten und für ungültig erklärt. Eine bald darauf erneut vorgenommene Wahl ergab folgende Resultate: Abgegeben wurden 107 Stimmen. Davon entfielen auf Landrat Seibold 54 und auf Landrat a. D. von Gollat 53 Stimmen. — Der Provinziallandtag Oberschlesiens wählte zu seinem Vorsitzenden durch Rudolf den Herzog von Ratibor. — Der gemeinsame Provinziallandtag der Provinz Schlesien wählte zu seinem Vorsitzenden den Landrat a. D. von Gollat mit 52 gegen 51 Stimmen, die auf Landrat Seibold entfielen.

Breslau, 5. April. Der Volkgel gelang es, verhoheit gehaltene Sprengstoffe zu ermitteln und zu beschlagnahmen. Durch einen Zufall gelangte sie außerdem in den Besitz von Schriftführern, auf Grund deren sie eine große Anzahl von Personen verhaftete. Wähler sind ungefähr 56 Personen festgenommen worden, darunter zehn aus der Provinz.

Was Bernhoff über die auswärtige Lage.
Stuttgart, 4. April. Auf Veranlassung der DZB. sprach am Montag Abend im Konzertsaal der Lieberhalle der frühere

deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, Graf Bernhoff, über die auswärtige Lage. Unter den Anwesenden befand sich Staatspräsident Dr. Dieder, Ministerpräsident a. D. Freiherr v. Helldorf, Vizeminister a. D. v. Bomer, Minister Dr. Schall u. a. Nach Begrüßungsworten des Abg. Karl Haugmann führte Graf Bernhoff etwa aus: Eine großartige Aufgabe und innere Politik könnten wir nicht führen ohne die ständige Wiederbegegnung des deutschen Volkes. Eine ständige Wiederbegegnung sei in Deutschland zu sehen wie sie seit dem 30-jährigen Krieg nicht mehr beobachtet wurde. Die auswärtige Politik müsse die Einheit des Reiches sichern und für die Idee der Solidarität der wirtschaftlichen Interessen der Gesamtgemeinschaft einreten. Eine der Hauptaufgaben der äußeren Politik sei es, die Legende von der deutschen Kriegsschuld zu zerstören und die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund zu rücken. Mit der Studie der Länder müsse eine Fühlung genommen werden und der Völkerverbund in seiner idealen Gestalt angestrebt werden. Ein Zurückweichen von dem Reim, das in London gesprochen wurde, dürfe es nicht mehr geben, sonst würden wir den letzten Rest von Achtung verlieren. Der Redner behandelte dann die amerikanische Politik und Wilsons Verhalten, freiste die Verhältnisse in Rußland und glaubt nicht an einen Krieg zwischen Japan und Amerika. Er schloß mit dem Hinweis auf die innere Erneuerung des deutschen Volkes, die eine Verjüngung des Nationalgefühls bringen müsse, das sich hauptsächlich in Unsterblichkeit äußern solle und das sich mit dem Weltfriedensvertrag verbinde. Für den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag sprachen die Abgeordneten Karl und Konrad Haugmann Dankworte.

Amerikas Antwort.
Berlin, 4. April. Der amerikanische Kommissar hat am 29. März als Antwort auf das deutsche Memorandum im auswärtigen Amt ein Memorandum übergeben, dessen wörtliche Uebersetzung lautet:
Die amerikanische Regierung ist erfreut, aus Dr. Simonson's Informellem Memorandum in angemessener Weise den Wunsch der deutschen Regierung zu erwidern, die Reparation bis zur Grenze der Zahlungsfähigkeit zu leisten. Die amerikanische Regierung hält ebenso wie die alliierten Regierungen Deutschland für den Krieg verantwortlich und daher moralisch verpflichtet, Reparation zu leisten, soweit dies möglich sein mag. Die Anerkennung dieser Verpflichtung, wie sie das Memorandum in sich schließt, scheint der Regierung der Vereinigten Staaten als die einzige gesunde Basis, auf der ein gesicherter und dauerhafter Frieden hergestellt werden kann, unter dem die verschiedenen europäischen Nationen wieder zu wirtschaftlicher Stabilität gelangen können. Die amerikanische Regierung glaubt in dem Memorandum den ausdrücklichen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis zu eröffnen, und hofft, daß derartige Verhandlungen, einmal wieder aufgenommen, zu einer schleunigen Regelung führen mögen, die gleichzeitig den gerechten Ansprüchen der Alliierten Genüge leisten und Deutschland erlauben, hoffnungsvoll seine produktive Tätigkeit wieder zu beginnen.

Ausland.
Anjouanne, 4. April. Bei der Untersuchung, die der Landständische Polizeikommissar in Begleitung eines Polizeiwachmesters in der Villa Brangins vornahm, erklärte die Exzellenz Frau, Grafess Karl sei seit Donnerstag morgen den 24. März von Brangins abgereist. Sie habe die Vorbereitungen für die Reise getroffen und von dem Vorhaben ihres Gemahls allein Kenntnis gehabt.

Paris, 5. April. Die der „Intransigent“ mitteilt, sind zu dem Geschehen über die 50prozentige Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Waren nach Frankreich Währungsanträge eingebracht worden. Einer derselben verlangt, daß alle Sendungen, die vor dem 17. März Deutschland verlassen haben, von der Abgabe befreit sind.

Bukarest, 5. April. Hier wurden etwa 80 Kommunisten verhaftet, die kommunistische Kasse an die Soldaten verteilten. Die kommunistische Zeitung wurde unterdrückt, ebenso eine Anzahl Flugblätter, die zur bolschewistischen Revolution aufgerufen. In Jassy wurde bei einer Gruppe Kommunisten ein großes Munitionslager entdeckt. Alle Verhafteten unterhielten Beziehungen zu Rußland.

Madrid, 4. April. „A. B. C.“ befragt die augenblickliche Wirtschaftslage in der Welt, die wesentlich bedingt werde durch die Zustände in Zentralasien, die durch den unerhörten Frieden der Entente verschärft seien. „Wahlgang“ hätten die Neutralen in der Sache sich zurückgehalten, aber die Zustände würden immer gefährlicher, sobald die Frage entstehe, ob es nicht schließlich eine unabweisbare Notwendigkeit für die Neutralen werde, in diesem Sinne eine Initiative zu ergreifen.

Die österreichische Währungsabstimmung.
Das Gesetz über die Währungsabstimmung wird der deutsch-österreichischen Nationalbank demnach verabschiedet, worauf in allen Ländern die Währungsabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich erfolgen wird. Eine Maßnahme, die mit dem Friedensvertrag von Saint Germain keineswegs im Widerspruch steht. Die Regierung soll sich aus dem Grund entschließen haben, die Währungsabstimmung jetzt anzulassen, weil einzelne Bestimmungen in den Ländern und Städten nicht zu vernehmen gewesen wären und unter diesen Umständen eine allgemeine Abstimmung als zweckentsprechend bezeichnet werden muß.

Damen-Hüte
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Impressen
Umarbeiten
und
Garnieren
in bekannt guter Ausführung bei billigster Berechnung.
Fr. Dann
Pforzheim.
Zerrenstr. 12.
Telephon 2244.

Conweiler.
Zu verkaufen eine hornige Ziege mit Zwillingenjunge.
Fr. Schöthaler,
5. d. Kirche.

angeleiteten Untersuchung wurden...
die Gefandtschaft des Königreichs...
in der Schweiz statt in Un...

Erzeuge
— Mk.
heuernstr. 3.

Oberamtsstadt Neuenbürg
Es wird wiederholt...
Schuttablagerung...
nur auf dem hier...
Blas an der äußeren...
Wehr des Elektrizitäts...
erfolgen darf. Verunreinigung...
anderer Plätze, der Eng...
wird streng bestraft. Es...
übrigens von jedermann...
Sinn für Ordnung und...
sicherheit erwartet werden...
daß die Umgebung der...
und der Fluß einen sauberen...
Anblick bieten.
Stabschultheiß Knob...

Damen-Hüte
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Impressen
Umarbeiten
und
Garnieren
in bekannt guter Ausführung bei billigster Berechnung.
Fr. Dann
Pforzheim.
Zerrenstr. 12.
Telephon 2244.

